



Avanti Positionen gegen die Festung Europa

Projekt undogmatische Linke

www.avanti-projekt.de

4. August 2004

Tausende Menschen ertrinken im Mittelmeer beim verzweifelten Versuch, Europa zu erreichen. Die Rettung von Schiffbrüchigen wird als „Schleppertätigkeit“ kriminalisiert, Helfer werden festgenommen, die „Cap Anamur“ beschlagnahmt. Bundesinnenminister Otto Schily will Flüchtlinge in Lagern internieren, die in den diktatorischen Staaten Nordafrikas errichtet werden sollen. Das sind Schlaglichter des schmutzigen Krieges, der an den Außengrenzen der Festung Europa gegen EinwanderInnen geführt wird.



Wer es im Fall „Cap Anamur“ dabei belässt, mit dem Finger auf Italien zu zeigen und Otto Schilys Lagerfantasien als unwichtige Einzelmeinung abtut, greift viel zu kurz.

Denn das in Italien statuierte Exempel liegt in der Konsequenz einer europaweiten Asyl- und Einwanderungspolitik, die auf den Gedanken der Abschottung und Abschreckung aufgebaut ist. Das Ertrinkenlassen der Flüchtlinge im Mittelmeer und die Kriminalisierung von Hilfe sind logischer Teil dieses Kalküls.

Deutschland hat zur Zeit das zweifelhafte Glück, dass sich andere Länder bei der Flüchtlingsabwehr die Hände schmutzig machen. Das mindert aber nicht die Mitverantwortung und Mitschuld der deutschen Regierungen - unter Kohl ebenso wie unter Schröder - am Tod der (nach seriösen Schätzungen etwa 5000) Flüchtlinge, die den Versuch der Fahrt über das Mittelmeer in den letzten Jahren mit dem Leben bezahlt haben. Schließlich war es, ob nun schwarz oder rot-grün, immer wieder die deutsche Bundesregierung, die sich in der EU als Scharfmacher gegen Flüchtlinge präsentiert und wiederholt liberalere Regelungen verhindert hat.

Erinnert sei auch an die etwa 100 Flüchtlinge, die in den vergangenen 10 Jahren an der deutschen Ostgrenze gestorben sind - zumeist sind sie in der Oder ertrunken. Inzwischen hat Deutschland dieses Problem nach Polen exportiert, BGS-Beamte geben nun ihre Erfahrungen bei der Menschenjagd an die polnischen Kollegen weiter. Zur Selbstgerechtigkeit besteht in Deutschland also nicht der geringste Anlass.

Die Vorschläge Schilys, Flüchtlinge von schon in Nordafrika in Lager sperren zu lassen, damit

sie Europa gar nicht erst erreichen, sind zwar einerseits von einem Zynismus, der einem den Atem stocken lässt, andererseits aber nur konsequent in der Logik der Abschottung.

Wenn Menschen in Afrika in so elenden Umständen leben bzw. sterben müssen, dass sie beinahe jede Lebensgefahr in Kauf nehmen, um eine bessere Zukunft in Europa zu suchen, dann gibt es nur zwei Alternativen: Entweder der Krieg gegen die Flüchtlinge wird immer weiter eskaliert und die Todesopfer werden in Kauf genommen oder aber die Mauern der Festung Europa werden eingerissen, die Grenzen geöffnet und es wird als ein selbstverständliches Menschenrecht anerkannt, dass alle Menschen frei entscheiden können, wo sie leben wollen.

Das bedeutet: Schluß mit den Abschiebungen, Bleiberecht und Papiere für alle, die dies wollen. Aber so weit wollen auch die meisten Wohlmeinenden, die sich jetzt erschüttert über das „Cap Anamur“-Drama zeigen, nicht gehen. Denn für viele müsste es zunächst bedeuten, den Parteien und PolitikerInnen, die den staatlichen Rassismus in Deutschland zu verantworten haben, den Rücken zu kehren.

Für viele wird auch die Forderung nach offenen Grenzen schlicht unrealistisch klingen. Wie soll das funktionieren in einer Welt, die von so scharfen Gegensätzen geprägt ist? Doch Realpolitik kann unter kapitalistischen Vorzeichen immer nur wieder die Realität der Ungerechtigkeit, der Unterdrückung und des Krieges hervorbringen.

Deswegen ist es an der Zeit, sich nicht von vermeintlichen Sachzwängen und Alternativlosigkeiten davon abhalten zu lassen, für das Notwendige und Richtige einzutreten.

Gegen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus - für die Rechte von Flüchtlingen:

Aktiv werden!

Die Initiative in Lübeck, die sich politisch und praktisch für Flüchtlinge einsetzt ist das **Lübecker Flüchtlingsforum**. Es hilft bei Problemen im Asylverfahren und drohender Abschiebung, begleitet und berät im Kontakt zu Ausländerbehörde, Sozial- und Arbeitsamt, bietet Hilfen für traumatisierte und illegalisierte Flüchtlinge. Das Flüchtlingsforum ergreift Partei für Flüchtlinge und MigrantInnen, tritt öffentlich gegen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus auf und engagiert sich für ein gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben aller Menschen. Diese wichtige und unersetzliche Arbeit braucht finanzielle Unterstützung und aktive Mitarbeit.

Treffen des Flüchtlingsforums:

Mittwochs, 20 Uhr, Fleischhauerstr. 32

Spendenkonto:

Lübecker Flüchtlingsforum e.V.

Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20)

Kto.-Nr. 806 152 208

Aktionen gegen die Konferenz der Innenminister in Lübeck

Am 18. und 19. November 2004 soll in Lübeck die nächste Innenministerkonferenz (IMK) stattfinden. Glanzstück der letzten IMK, die Anfang Juli in Kiel stattfand, war es, einen Abschiebestopp nach Afghanistan abzulehnen - trotz der desolaten Lage und der andauernden Kämpfe dort.

Wenn wir die Verantwortlichen für die Abschottungs- und Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge und MigrantInnen suchen, dann werden wir sie bei der IMK finden. **Alle Länder-Innenminister und Lager-Fan Otto Schily werden zu diesem Gruselkabinett in unserer Stadt zusammen kommen.**

Neben der Asylpolitik geht es bei der IMK auch um die „Innere Sicherheit“, das heißt um weitere Eingriffe in unsere politischen und persönliche Rechte sowie um den Ausbau von Polizei- und Überwachungsapparat.

Gründe genug, die Innenministerkonferenz mit Protesten und Aktionen zu konfrontieren. Deshalb lädt AVANTI ein zum

Vorbereitungstreffen

Do, 16.9.2004, 19.30 Uhr

**Café im Arbeitslosenzentrum
Schwartauer Allee 39-41**

AVANTI - Projekt undogmatische Linke, c/o ALZ,
Schwartauer Allee 39-41, 23554 Lübeck,
info@avanti-projekt.de, Vi.S.d.P.: J. Schneider

„Es ist eine Auseinandersetzung um die Ordnung dieser Welt, die sich in dem Konflikt um das Flüchtlingsschiff vollzieht. Ein Krieg gegen jene, die es wagen und schaffen, die Fundamente der herrschenden Ordnung zu unterlaufen: die Aufteilung der Welt in Zonen des Reichtums und der Armut, des Zugangs zu Rechten und der Rechtlosigkeit, in Zonen des Lebens und des Todes. Deren Grenzen durchziehen die Welt und die Gesellschaften. Diese Aufteilung der Welt und das tägliche Sterben im Namen der Abschottung akzeptieren wir nicht.“

Aus dem Aufruf der bundesweiten Netzwerke „kein mensch ist illegal“, „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“ und „kanak attack“